

Liebe Freundinnen und Freunde,
Genossen und Genossinnen!

Im Namen des Netzwerks Freiheit für alle politischen Gefangenen begrüße ich euch zur diesjährigen Kundgebung zum 18. März, dem Tag für die Freiheit der politischen Gefangenen!

Was ist der 18.03 – warum diese Kundgebung?

In Bezug auf die Pariser Commune wurde der Tag des politischen Gefangenen 1923 von der internationalen Roten Hilfe eingeführt, damals notwendig geworden durch verstärkte Arbeitskämpfe, Anti-Kriegs-Proteste und der Erstarkung faschistischer Gewalt, sollte dieser Aktionstag dazu dienen, die aus diesen Umständen resultierenden politischen Gefangenen, sowie ihre Familien und Angehörigen zu unterstützen und die Inhalte ihrer Kämpfe zu verteidigen und zwar international!

Ein politischer Gefangener ist also jemand, der aufgrund seiner politischen Betätigung inhaftiert wird. Solche Gefangenen gibt es auch heute, nicht nur in Guantanamo Bay oder in anderen Ländern, sondern auch im „demokratischen“ und „zivilisierten“ Deutschland.

Auch hier reagiert der Staat äußerst empfindlich auf regierungskritische Strömungen, sei es mit Gewalt oder mit Haftstrafen, auch hier ist die Justiz immer politisch gefärbt, nämlich in der Farbe der Herrschenden. Nicht zuletzt der so genannte „schwarze Donnerstag“ im Stuttgarter Schlosspark zeigte einmal mehr was für die antikapitalistische Linke seit jeher Programm ist, dass es die normale Funktion eines Staates mit einer bestimmten politischen, juristischen und wirtschaftlichen Linie ist, diejenigen zu unterdrücken die eben dieser Linie nicht folgen wollen. Im Allgemeinen bezeichnet man dies als Repression.

Was politische Gefangene sind und was für uns staatliche Repression bedeutet ist somit klar.

Diese Kundgebung findet unter dem Motto: „Gegen die Kriminalisierung von MigrantInnen“ statt, da diese tendenziell verstärkt davon betroffen sind. Oftmals sind MigrantInnen oder ihre Kinder selbst politische Flüchtlinge, die aufgrund der Kriege und Krisen oder ihres dagegen geführten Widerstandes in ihren jeweiligen Herkunftsländern zur Flucht gezwungen wurden. D.h. Sie sind zusätzlich zu den immensen Haftstrafen auch von der Abschiebung bedroht, was für manche mit Tod und Folter gleichgesetzt ist. Dies begründet die besondere Aufmerksamkeit die wir dieser Frage widmen müssen.

Die politische Verfolgung von Migrantinnen zeigt sich besonders an zwei Beispielen: In Deutschland wurde nach dem 11. September 2002 als Teil der internationalen Anti-Terror-Gesetzgebung unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terror der Islamisten der §129b eingeführt – Unterstützung oder Mitgliedschaft einer ausländischen terroristischen Vereinigung
Angewandt wurde dieser Paragraph in der BRD bisher nur gegen türkische

Oppositionelle, was mit Hilfe der EU-Terrorliste, welche übrigens durch geheime Gremien beschlossen wird, kein Problem war. Das heißt im Klartext, die Türkei sorgt dafür, dass ihnen unangenehme, oppositionelle Organisationen auf diese Liste genommen werden und die BRD verfolgt dann hier vor Ort Strukturen und Personen, die im Verdacht stehen besagten Organisationen zugehörig zu sein, ohne dass sich diese Personen irgendetwas zu Schulden kommen lassen müssen. Von drohenden Abschiebungen abgesehen, zieht dies dann in jedem Fall drakonische Haftstrafen nach sich.

Wie scheinheilig und nichtssagend die Unterstellung des Terrorist-seins ist zeigt sich am Beispiel der Südafrikanischen ANC. Früher noch als terroristisch geächtet, sind sie heute Regierungspartei und von aller Welt anerkannt.

Die Gefangen der Anatolischen Föderation an denen die Präzedenzfälle für die Verfolgung migrantischer Strukturen mit §129b geschaffen wurden, wurden zu dem in Isolationshaft genommen, diese ist unmenschlich und international als Folter geächtet!

Isolationshaft bedeutet 23 Stunden täglich in einer ca. 7 Quadratmeter großen Einzelzelle sitzen zu müssen. Außerdem hat man eine Stunde am Tag Hofgang, isoliert von den anderen Gefangenen.

Nur ein mal im Monat darf man Besuch bekommen, wobei man hinter einer Zentimeter dicken Trennscheibe sitzen muss. Die Post wird kontrolliert und unerwünschte Inhalte konfisziert. „(...)Es gibt immer noch Briefe, die ich nicht erhalten habe: Von meinem Ehemann und meiner Schwester. (...) Ich bin in Einzelhaft. Ich darf mit keiner Gefangenen Kontakt haben. (...) Allein sein ist das Schlimmste. An sowas kann man sich nicht gewöhnen.“, schreibt Nurhan Erdem, eine der Gefangenen. Das alles geschieht im übrigen ohne ein Urteil

Ein weiteres Beispiel für die Kriminalisierung von Migrantinnen sind die beiden Prozesse gegen kurdische Jugendliche, denen vorgeworfen wird an einem Angriff auf eine hauptsächlich von türkischen Faschisten, so genannten „Grauen Wölfen“ (MHP), besuchte Kneipe in Nürtingen beteiligt gewesen zu sein. Im Rahmen der Ermittlungen wurde das gesamte persönliche Umfeld, wie Familien und Freunde massivem Druck durch die Polizei ausgesetzt.

Es fanden ca. 40 Hausdurchsuchungen durch bewaffnete Sondereinsatzkommandos der Polizei statt, darüber hinaus kam es zu weiteren Schikanen, wie z.B. ständige Anrufe und häufiges unangemeldetes Auftauchen der Polizeikräfte am Wohnort und an den Schulen.

Außerdem wurde versucht durch Geldversprechungen die Jugendlichen dazu zu bringen gegeneinander auszusagen.

Die Jugendlichen waren vor Prozessbeginn 7 Monate in Gefängnissen über ganz Baden-Württemberg verteilt. Nicht nur dass die Beweislage gegen die Jugendlichen sehr dürftig ist sondern auch, dass die Polizei bereits 3 Monate vor dem Angriff den kurdischen Verein überwachen ließ, lässt darauf schließen, dass dieser Angriff der Polizei viel mehr nur als ein Anlass diente, um eine bereits länger geplante Aktion gegen die kurdische Linke im allgemeinen durchzuführen.

Während die kurdischen Jugendlichen massivster Verfolgung und Schikanen

ausgesetzt sind, werden türkische Faschisten wie die MHP von Parteien wie der CDU und vor allem von der parteinahen Konrad-Adenauer-Stiftung finanziert und von den Polizeikräften zumeist nicht verfolgt.

Die Grauen Wölfe stehen für ein menschenverachtendes unterdrückerisches Weltbild. Alle Menschen die nicht in dieses Bild passen werden ausgrenzt, unterdrückt oder gar ermordet.

Jährlich kommt es zu Zahlreichen Übergriffen auf linke, insbesondere kurdische Demonstrationen, Vereine und Personen. Der Kampf gegen diese faschistischen Angriffe ist nicht nur notwendig sondern auch legitim und der Aufbau von Selbstschutz unumgänglich.

Daher gilt es nicht nur die kurdischen Jugendlichen zu unterstützen sondern auch den Angriff gegen die türkischen Faschisten zu verteidigen und die Notwendigkeit von konsequentem Antifaschismus anzuerkennen.

Darüber hinaus gibt es sehr viele soziale Gefangene, als solche bezeichnen wir Menschen, welche auf Grund ihrer materiellen Situation in die Kriminalität gezwungen werden, sie resultieren also aus den Verhältnissen in denen wir Leben. Auch hier sind Migranten besonders betroffen, ca. 40% aller Gefangener sind ohne deutsche Staatszugehörigkeit.

Dies ist bei Leibe kein Beleg für Sarrazins haarsträubende Thesen, sondern viel mehr ein deutlicher Beleg für die prekäre Situation der migrantischen Menschen in Deutschland, die oftmals sowohl ökonomisch als auch sozial ausgegrenzt werden.

Wir finden es wichtig auf diese Thematiken hinzuweisen und darüber zu informieren, denn nicht diejenigen die gegen Krieg, Besatzung, Hunger und Armut für eine Perspektive jenseits des Kapitalismus kämpfen sind Terroristen, sondern sind diejenigen, die verhungern lassen, bombardieren und verhaften!

Zeigt euch solidarisch, lassen wir uns nicht anhand geschürten Feindbildern spalten, wir gehören zu selben Klasse und haben ein gemeinsames Interesse – nämlich ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung zu führen!

Kampf der kapitalistischen Repressionsmaschinerie – Klassenkämpfe entwickeln drinnen und draußen!

Hoch die internationale Solidarität!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!